

## Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 18/9296 –**

### Bilanz der Zwangsverrentung und mögliche Reformoptionen

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Nach § 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) können Personen, die das 63. Lebensjahr vollendet und die Voraussetzungen für eine vorgezogene Rente wegen Alters erfüllt haben, gegen ihren Willen verrentet werden. Der rentenrechtliche Grundsatz, dass ausschließlich die betroffenen Personen über ihren Antrag auf eine vorgezogene Rente entscheiden, wird ausgehebelt. Daher handelt es sich um einen massiven Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen – um eine Zwangsverrentung.

Die Rentenansprüche der Betroffenen werden dabei dauerhaft abgesenkt, weil für jeden Monat des vorzeitigen Rentenbezugs Abschläge in Höhe von 0,3 Prozentpunkten auf die durch eigene Beiträge erworbenen Rentenansprüche erfolgen. Dies bedeutet aktuell (im Jahr 2016) bei einem Renteneintritt mit Vollendung des 63. Lebensjahrs eine lebenslange Kürzung der Altersrente in der Regel von 8,7 Prozent.

Nach der Rechtsauffassung der Bundesregierung (vgl. Bundestagsdrucksache 18/152, S. 5) spielt die Höhe der Rentenansprüche der Betroffenen bei der Zwangsverrentung keinerlei Rolle. Es wird weder geprüft, ob die Rentenansprüche bei vorzeitigem Renteneintritt das menschenwürdige Existenzminimum sichern, noch wird ausgeschlossen, dass aufgrund der Abschläge auf die vorgezogene Altersrente eine dauerhafte Fürsorgeabhängigkeit im Alter überhaupt erst geschaffen wird.

Diejenigen, die nach einer Zwangsverrentung dauerhaft auf Fürsorgeleistungen angewiesen sind, haben bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze weder Ansprüche auf Leistungen nach dem SGB II noch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Personen erhalten lediglich Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII). Hier herrschen deutlich restriktivere Anrechnungsbedingungen. Vermögen – auch bei Hartz IV noch geschütztes Altersvorsorgevermögen – muss weitgehend aufgebraucht werden, bevor überhaupt ein Leistungsanspruch entsteht. Auch kann ein Rück-

griff auf Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern erfolgen. Die sozialen Kosten der Arbeitslosigkeit im rentennahen Alter werden so auf die betroffenen Personen abgewälzt.

Lediglich die Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (Unbilligkeitsverordnung – UnbilligkeitsV) vom 14. April 2008 schützt einen Teil der SGB-II-Leistungsberechtigten vor der Zwangsverrentung. Die dort niedergelegten Kriterien bieten den Betroffenen jedoch keinen ausreichenden Schutz vor einer drohenden Zwangsverrentung.

Die Unbilligkeitsverordnung soll nach dem Willen der Koalitionsarbeitsgruppe „Flexible Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ vom 10. November 2015 ergänzt werden. Folgendes Kriterium soll nach dem Abschlussbericht neu aufgenommen werden: „Unbillig ist die Inanspruchnahme, wenn Leistungsberechtigte dadurch hilfebedürftig im Sinne der Grundsicherung im Alter werden würden. Dies ist anzunehmen, wenn der Betrag in Höhe von 70 Prozent der bei Erreichen der Altersgrenze (§ 7a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger ist als der zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch“ (vgl. [www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/0\\_Home/meldungen/2015\\_11\\_10\\_vorschlaege\\_flexi\\_koalition.html](http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/0_Home/meldungen/2015_11_10_vorschlaege_flexi_koalition.html)).

In einer Anhörung von Sachverständigen am 1. Dezember 2014 im Ausschuss für Arbeit und Soziales wurde die Vermeidung des Grundsicherungsbezugs im Alter als „kleine Lösung“ diskutiert und mehrheitlich als unzureichend und zu bürokratisch kritisiert. Die Mehrzahl der Sachverständigen teilte die Forderung der Fraktion DIE LINKE. (<http://dip21.bundestag.btg/dip21/btd/18/005/1800589.pdf>) nach Abschaffung der sog. Zwangsverrentung (vgl. „Experten kritisieren den Renten-Automatismus“, [www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw49\\_pa\\_arbeit\\_soziales/341888](http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a11/kw49_pa_arbeit_soziales/341888)). Kritisiert wurden u. a. der Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen und die Tatsache, dass die Zwangsverrentung dem Ziel der Arbeitsmarktintegration zuwiderlaufe.

Hieraus und aus dem andauernden Zustand der Zwangsverrentung ergeben sich Fragen an die Bundesregierung.

1. Welches Verfahren ist den Trägern des SGB II für den Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug aktuell vorgeschrieben?
2. In welchen Dokumenten sind die Verfahren nach Kenntnis der Bundesregierung niedergelegt, welche Verbindlichkeit haben diese Dokumente für die Jobcenter (bitte ggf. differenzieren nach gemeinsamer Einrichtung und zugelassenem kommunalem Träger), und welche konkreten Voraussetzungen, Bedingungen und Ausnahmekonstellationen sind in diesen Dokumenten für eine Zwangsverrentung benannt?

Leistungsberechtigte sind nach § 12a Satz 1 SGB II verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist. Dazu gehört auch die Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente nach Vollendung des 63. Lebensjahres, § 12a Satz 2 Nummer 2 SGB II. Diese Pflicht besteht nicht, wenn ein Ausnahmetatbestand nach der Unbilligkeitsverordnung vorliegt.

Sind die Leistungsberechtigten zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente verpflichtet, sind sie nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II zu deren Beantragung aufzufordern. Kommen die Leistungsberechtigten der Aufforderung des Jobcen-

ters nicht nach, so kann der Antrag von den Jobcentern gestellt werden (§ 5 Absatz 3 SGB II). Im Falle einer Ablehnung oder Versagung durch den Rententräger können die Jobcenter entsprechende Rechtsmittel einlegen.

Für die gemeinsamen Einrichtungen ist dieses Verfahren in den Fachlichen Weisungen zu den §§ 5 und 12a SGB II geregelt; diese sind für die gemeinsamen Einrichtungen auch verbindlich.

3. Welchen Gestaltungsspielraum überlässt der Gesetzgeber den Jobcentern bei der Ausführung der Vorschriften zur Zwangsverrentung und der Anwendung der Unbilligkeitsverordnung?

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung durch das Jobcenter den erforderlichen Antrag auf vorzeitige Altersrente nicht, können die Jobcenter nach § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II den Antrag stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen. Die Anwendung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II steht somit im Ermessen der Jobcenter. Weitere Gestaltungsspielräume bestehen nicht, weil die in der Unbilligkeitsverordnung genannten Tatbestände abschließend sind. Bei der Ausübung des Ermessens sind die Interessen der Allgemeinheit an einer nachrangigen Erbringung der steuerfinanzierten Geldleistungen nach dem SGB II gegenüber den Interessen der Leistungsberechtigten an einer ungekürzten Rentenzahlung abzuwägen. Soweit im Einzelfall Gründe vorliegen, die die Interessen der Allgemeinheit überwiegen, kann von einer Aufforderung zur Antragstellung auf eine vorzeitige Rentenantragstellung abgesehen werden. Die Anwendung der Unbilligkeitsverordnung steht demgegenüber nicht im Ermessen der Jobcenter.

4. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sog. Optionskommunen?

Der Bundesregierung liegen hierzu mangels Aufsicht keine Informationen vor.

5. Wie werden der Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug und sein Ergebnis nach Kenntnis der Bundesregierung administrativ dokumentiert und statistisch aufgearbeitet?

Bei der Aufforderung zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente handelt es sich um einen Verwaltungsakt, der in der Leistungsakte zu dokumentieren ist. Eine statistische Erfassung erfolgt nicht.

6. Welche rechtlichen Änderungen müssten aus Sicht der Bundesregierung vorgenommen werden, um die vorhandenen Kenntnisse statistisch auszuwerten, und aus welchen Gründen hat die Bundesregierung bisher darauf verzichtet, diese Änderungen zu initiieren?

Aus Sicht der Bundesregierung lässt sich der mit der statistischen Erfassung der Aufforderungen zur Beantragung einer vorzeitigen Altersrente bzw. anderer Sozialleistungen verbundene hohe Aufwand nicht rechtfertigen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

7. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehende aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf Altersrente mit Abschlägen durch das Jobcenter reduzierte Leistungen erhalten haben bzw. ihnen Leistungen ganz vorenthalten wurden?
- Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
  - Mit welcher Rechtsgrundlage sind ggf. derartige Leistungsbeschränkungen begründet worden?
  - Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?
  - In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Leistungseinschränkungen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?  
Mit welchem Ergebnis?

Eine Leistungsbeschränkung oder gar -ablehnung aufgrund der fehlenden Mitwirkung bei der Beantragung einer vorzeitigen Altersrente wäre rechtswidrig. Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

8. Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, bei denen Leistungsbeziehenden aufgrund vermeintlich fehlender Mitwirkung bei der Antragstellung auf eine abschlagsgeminderte Altersrente durch das Jobcenter Sanktionen nach § 31 SGB II angedroht wurden oder sie Sanktionen erfahren haben?
- Wenn ja, wie viele Fälle sind bekannt, und welche Jobcenter sind betroffen?
  - In wie vielen Fällen haben Leistungsberechtigte gegen die Sanktionen Widerspruch und/oder Klage eingereicht?  
Mit welchem Ergebnis?
  - Welche Konsequenzen ziehen ggf. die Bundesregierung und die Bundesagentur für Arbeit?

Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Fälle bekannt.

9. Stehen dem Jobcenter Instrumente zur Verfügung, in den Antragsprozess einzugreifen vor dem Hintergrund, dass die Entscheidung, eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen, grundsätzlich die/der Versicherte trifft, und wenn ja, welche Instrumente sind dies?
10. Ist das Jobcenter nach Kenntnis der Bundesregierung berechtigt, in das nach § 99 SGB VI eingeleitete Rentenantragsverfahren einzugreifen, wenn die/der Leistungsberechtigte von sich aus bei dem jeweils zuständigen Träger der Rentenversicherung einen Antrag auf Regelaltersrente gestellt hat, und wenn ja, wodurch (bitte Rechtsgrundlage erläutern)?

Das Jobcenter kann nach § 5 Absatz 3 SGB II Anträge stellen sowie Rechtsbehelfe und Rechtsmittel einlegen, wenn Leistungsberechtigte trotz Aufforderung einen erforderlichen Antrag auf Leistungen eines anderen Trägers nicht stellen.

11. Wie entwickelt sich der Zugang von leistungsberechtigten Personen in der Altersgruppe zwischen 63 Jahren und der Regelaltersgrenze in die Sozialhilfe (Drittes Kapitel SGB XII), die zugleich eine vorgezogene Altersrente beziehen (bitte jährlich seit 2008 nach Geschlecht und Bundesländern angeben)?

Die Empfängerstatistik für das Dritte Kapitel des SGB XII erfasst weder die Ursache des Leistungsbezugs noch differenziert sie die statistisch als angerechnetes Einkommen erfassten Altersrenten in „vorgezogene“ und andere Altersrenten. Daher liegen der Bundesregierung die gewünschten Informationen nicht vor.

12. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte (bitte insgesamt und getrennt nach Erwerbsfähigen sowie nicht Erwerbsfähigen aufschlüsseln) waren jeweils 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Jahre alt (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2014, nach Geschlecht, bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 489.000 Regelleistungsberechtigte im SGB II im Alter von 58 bis 65 Jahren, davon waren 478.000 erwerbsfähig und 11.000 nicht erwerbsfähig. Informationen zu Geschlecht und Bundesländern können nach Jahren der Tabelle im zu Frage 12 im Anhang entnommen werden.

13. Wie viele Leistungsberechtigte ab 63 Jahren sind pro Jahr aus dem Leistungsbezug abgegangen (bitte auch separat nach Alter von 63, 64, 65 Jahren und nach Geschlecht ausweisen)?

Im Jahr 2015 gingen 86.000 Regelleistungsberechtigte im Alter von 63 Jahren oder mehr aus dem Regelleistungsbezug ab. Eine Differenzierung nach Geschlecht kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

**Abgang aus dem Regelleistungsbezug: Regelleistungsberechtigte (RLB)**

Deutschland

Merkmal		Abgang aus Regelleistungsbezug: RLB			
		63 bis 65 Jahre	63 Jahre	64 Jahre	65 Jahre
		1	2	3	4
Insgesamt	Jahressumme 2014	88.755	31.665	11.823	45.266
	Jahressumme 2015	85.681	38.671	11.050	35.960
Männer	Jahressumme 2014	48.589	18.507	6.699	23.382
	Jahressumme 2015	45.376	20.249	6.274	18.853
Frauen	Jahressumme 2014	40.166	13.158	5.124	21.884
	Jahressumme 2015	40.300	18.420	4.775	17.105

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, in welchen Status diese Leistungsberechtigten gewechselt sind (insbes. Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt, geförderte Beschäftigung)?

Eine Differenzierung der in der Antwort zu Frage 13 genannten Abgänge nach Abgangsgründen ist nicht möglich.

15. Wie hat sich die Zahl der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten seit dem Jahr 2012 entwickelt, die statistisch als arbeitslos gelten, und wie viele von diesen waren in den entsprechenden Jahren über 63 Jahre alt (bitte bundesweit und nach Bundesländern sowie nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) über 58 Jahren. 167.000 dieser ELB waren arbeitslos, darunter 19.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

16. Wie viele der über 58-Jährigen gelten nicht als arbeitslos (bitte die Anzahl der über 63-Jährigen extra ausweisen), weil sie
- a) noch unter die sog. „58er-Regelung“ und
  - b) unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II
- fielen bzw. fallen (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2013 und in Bezug auf a) bis März 2015 sowie bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2015 gab es 478.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren und älter. 311.000 dieser ELB waren nicht arbeitslos, darunter 72.000 Personen im Alter von 63 Jahren und älter. Von den 311.000 nicht arbeitslosen Personen fielen 163.000 unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II. Bei den Menschen im Alter von 63 Jahren oder älter waren es 50.000.

Weitere Gründe, dass ein Leistungsberechtigter nicht arbeitslos ist, können in den Grund-lagen der § 428 SGB III, § 65 SGB II und § 252 SGB VI liegen. Eine weitere Ausdifferenzierung nach den einzelnen genannten Rechtsgrundlagen ist nicht möglich. Im Jahresdurchschnitt 2015 fielen darunter 1.400 Personen im Alter von über 58 Jahren, 22.000 im Jahr 2014 und 55.000 im Jahr 2013.

Der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 15 und 16 sind die Zahlen ab dem Jahr 2012 nach Ländern und Geschlecht zu entnehmen.

17. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten wurden in welchem Alter in eine Erwerbstätigkeit vermittelt (bitte unterschieden nach Abgangsgründen pro Jahr seit November 2013 angeben)?

Im Jahr 2015 gab es 33.000 Integrationen in Erwerbstätigkeit für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) im Alter von 58 Jahren oder älter. Eine Integration liegt dann vor, wenn ein erwerbsfähiger Leistungsberechtigter eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, eine voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnimmt.

Aktuelle Daten liegen für den April 2016 vor. In diesem Monat nahmen 3.200 erwerbsfähige Leistungsberechtigte über 58 Jahren eine Erwerbstätigkeit auf. Eine Zeitreihe nach Altersjahren kann der im Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 17 entnommen werden. Ein Ausweis von Abgangsgründen ist nicht möglich.

18. Wie oft ist die Aufforderung,
- a) Rentenansprüche zu klären und
  - b) vorgezogene Rente zu beantragen,
- in eine Eingliederungsvereinbarung aufgenommen worden (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

19. Wie oft wurden Leistungsberechtigte schriftlich und/oder mündlich aufgefordert,
- a) Rentenansprüche zu klären und
  - b) vorgezogene Rente zu beantragen
- (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

20. In wie vielen Fällen hat der Grundsicherungsträger für die Leistungsberechtigten einen Antrag auf vorzeitige Altersrente gestellt (bitte pro Jahr seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

21. In wie vielen Fällen sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren
- a) aufgrund dieser Aufforderung und
  - b) nach Antragstellung durch das Jobcenter
- aus dem SGB-II-Leistungsbezug ausgeschieden (bitte pro Jahr und Bundesland seit 2008 angeben)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

22. Zu den Fragen 18 bis 21: Sollten hierzu keine Angaben vorliegen, beabsichtigt die Bundesregierung, sich dazu aufgrund der zunehmend eingehenden Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger Erkenntnisse zu verschaffen, und wenn ja, auf welchem Weg?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, eine statistische Erfassung dieser Fälle einzuführen. Eine entsprechende Informationspflicht würde zu unverhältnismäßig hohem Verwaltungsaufwand bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitssuchende führen. Die Bundesregierung hält eine solche statistische Erfassung im Übrigen auch nicht für erforderlich.

23. Hält die Bundesregierung die Abschaffung der Zwangsverrentung für rechtlich zulässig, und welche Gründe sprechen nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für und gegen eine Abschaffung der Zwangsverrentung?
24. Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, dass die Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, ein im Hinblick auf die Nachrangigkeit dieser Leistungen erforderlicher, systematisch richtiger Vorgang ist, und überträgt sie diese Auffassung auf die Antragstellung durch Dritte gegen den Willen der Leistungsempfänger, und wenn ja, warum?

Die Nachrangigkeit der Leistungen ist ein Kernelement der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Leistungsberechtigte in der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben alle vorhandenen oder erzielbaren Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt unabhängig von den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld) zu bestreiten.

Leistungsberechtigte sind deshalb insbesondere verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen und die dafür erforderlichen Anträge zu stellen, sofern dies zur Vermeidung, Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich ist (§ 12a Satz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)). Dazu gehört grundsätzlich auch die Beantragung einer – auch vorzeitigen – Altersrente.

Nach § 12a Satz 2 Nummer 1 SGB II sind Leistungsberechtigte dennoch bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres nicht verpflichtet, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen. Eine vollständige Abschaffung der Pflicht zur Inanspruchnahme vorzeitiger Altersrenten würde – insbesondere im Hinblick auf andere Sozialleistungen – zu ungerechten Ergebnissen führen, wäre zudem auf Grund der Nachrangigkeit der Grundsicherung für Arbeitsuchende systemwidrig und wird deshalb abgelehnt.

Soweit die bestehende Pflicht zu Unbilligkeiten führt, wurden mit der Unbilligkeitsverordnung in der seit 1. Januar 2008 geltenden Fassung weitere Ausnahmen geregelt, bei deren Vorliegen keine Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer vorzeitigen Altersrente besteht (Bezug von Arbeitslosengeld, bevorstehende abschlagsfreie Altersrente, Erwerbstätigkeit). Die Bundesregierung prüft darüber hinaus die Einführung eines weiteren Unbilligkeitstatbestandes entsprechend dem Beschluss der Koalitionsarbeitsgruppe. Insoweit ist die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung noch nicht abgeschlossen.

Die bestehende Pflicht würde ins Leere laufen, würden die Jobcenter nicht die Möglichkeit haben, auf eine Weigerung Leistungsberechtigter zu reagieren, erforderliche Anträge auf vorrangige Sozialleistungen zu stellen. Die Regelung des § 5 Absatz 3 Satz 1 SGB II ist demnach sachgerecht.

25. Inwieweit hält die Bundesregierung das Kriterium „70 Prozent der zu erwartenden Altersrente“ für begründet und ausreichend, um Grundsicherungsbedürftigkeit dauerhaft auszuschließen?

Das im Rahmen der Änderung der Unbilligkeitsverordnung angedachte Kriterium ist für die bei Vollendung des 63. Lebensjahres erforderliche Prüfung, ob bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Altersrente voraussichtlich Hilfebedürftigkeit im Sinne der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vorliegt, ausreichend. Erforderlich ist insoweit eine pauschalierte, in der Verwaltung möglichst



effizient durchführbare Prüfung auf der Basis der zum Zeitpunkt der Entscheidung bekannten und prognostizierbaren Tatsachen. Konkret wären 70 Prozent der auf der letzten, der leistungsberechtigten Person vorliegenden Rentenauskunft (61. Lebensjahr) bescheinigten voraussichtlichen Bruttoregelaltersrente mit dem zum Zeitpunkt der Entscheidung vorliegenden Bedarf der leistungsberechtigten Person nach dem SGB II zu vergleichen. Der für den Vergleich nicht herangezogene Teil der voraussichtlichen Altersrente berücksichtigt pauschaliert die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung sowie die bei der vorzeitigen Inanspruchnahme entstehenden prozentualen Abschläge von der Altersrente.

26. Kann bzw. wie will die Bundesregierung auf Grundlage des durch die Koalitionsarbeitsgruppe formulierten Vorschlags sicherstellen, dass bei ehemaligen SGB-II-Leistungsberechtigten auch dauerhaft kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter entsteht (z. B. weil sich der Bedarf im Zeitablauf durch Umzug, Ende einer Ehe, Entstehung von Mehrbedarfen nach § 30 SGB XII erhöht)?

Im Hinblick auf die Vielzahl der zu berücksichtigenden Parameter sowie auf Grund der Tatsache, dass die Entscheidung bis zu vier Jahre vor dem Regeleintrittsalter der Altersrente erfolgt, ist ein späterer Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung im Alter nicht gänzlich ausgeschlossen.

27. Wie hoch war im Rentenzugang der Jahre 2014 sowie 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente?

Nach den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung betrug der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente im Rentenzugang 2014 436 Euro und im Rentenzugang 2015 483 Euro. Darin ist der Sondereffekt durch die „neuen Mütterrenten“ aus dem Rentenpaket enthalten. Würde dieser Sondereffekt herausgerechnet werden, erhöht sich der durchschnittliche Rentenzahlbetrag im Rentenzugang 2014 auf 501 Euro und im Rentenzugang 2015 auf 528 Euro. Dabei ist zu beachten, dass in den Regelaltersrenten viele Rentnerinnen und Rentner mit kurzen Rentenversicherungsbiographien enthalten sind. So zum Beispiel Beamte, Selbständige sowie Frauen, die nach der Geburt von Kindern ihr Erwerbsleben beendet haben. Betrachtet man alle Altersrenten, nicht nur die Regelaltersrenten, so liegen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge bei 752 Euro (2014) bzw. bei 810 Euro (2015).

28. Wie hoch war in den Jahren 2014 und 2015 der durchschnittliche Rentenzahlbetrag bei der Regelaltersrente bei Zugängen aus dem SGB II (brutto und netto sowie brutto und netto von 70 Prozent des Zahlbetrags)?

SGB II Leistungsempfänger wurden nur in den Jahren ab 2005 bis 2010 in den Statistiken der Deutschen Rentenversicherung vollständig erfasst, da sie in dieser Zeit in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert waren. Daher liegen der Bundesregierung Informationen zu den durchschnittlichen Rentenzahlbeträgen für Rentenzugänge der Jahre 2014 und 2015 aus dem SGB II nicht vor.

29. Wie hoch war im gleichen Zeitraum der Bruttobedarf bei einer nach dem SGB II leistungsberechtigten alleinstehenden Person (Angaben bitte bundesweit, nach Geschlecht und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Als Bedarf bezeichnet man den Geldbetrag, der notwendig ist, um den Lebensunterhalt sichern zu können. In der statistischen Darstellung werden die Bedarfe

für den Regelbedarf, die Mehrbedarfe und die Kosten der Unterkunft abgebildet. Der durchschnittliche Bedarf für Regelleistungsberechtigte in Single-Bedarfsgemeinschaften lag im Jahresdurchschnitt 2015 bei 714 Euro. Informationen nach Geschlecht und Bundesländern können der in Anhang beigefügten Tabelle zu Frage 29 entnommen werden.

30. Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter fachlich in die Lage versetzt werden, festzustellen bzw. zu berechnen, dass nicht zwangsverrentet wird, wenn 70 Prozent der zu erwartenden ungeminderten Altersrente niedriger sind als der im Zeitpunkt der Entscheidung über die Unbilligkeit maßgebende Bedarf des Leistungsberechtigten nach dem SGB II?

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jobcenter sind in der Lage, die vorgesehene pauschalierte Prüfung durchzuführen.

31. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Personen, die aufgrund regelmäßiger Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenversicherung vor dem Leistungsbezug nach dem SGB II eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweisen, entsprechend hohe Rentenanwartschaften aufgebaut zu haben, aufgrund des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe nach wie vor zwangsverrentet werden dürften, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung diese Ungleichbehandlung gegenüber Personen im SGB-Leistungsbezug, die aufgrund deutlich niedrigerer Rentenanwartschaften auf die Grundsicherung im Alter angewiesen wären, in Zukunft nicht mehr zwangsverrentet werden würden?

Leistungsberechtigte, die mit einer vorzeitig in Anspruch genommenen Altersrente ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, sind in der Lage, ihren Lebensunterhalt dauerhaft ohne Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bzw. nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII zu bestreiten. Sie können daher auf die Inanspruchnahme verwiesen werden.

32. Geht die Bundesregierung davon aus, dass bei der Ermessensentscheidung auf die Berechnung der Träger der Rentenversicherung zurückgegriffen werden muss, oder hält die Bundesregierung eine mögliche Rentenauskunft für ausreichend (§ 109 Absatz 2 SGB VI)?

Bei der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Prüfung handelt es sich nicht um eine Ermessensentscheidung. Ist die zu erwartende vorzeitige Altersrente zu niedrig, gilt der Verweis als unbillig und soll unterbleiben. Für die Prüfung ist die letzte vorliegende Rentenauskunft nach § 109 SGB VI ausreichend.

33. Hält die Bundesregierung die durch die Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagene Formulierung für eine Rechtsvereinfachung im Sinne der Arbeitsverwaltung, oder geht sie von einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand aus, wie dies bereits in der Stellungnahme der Bundesagentur für Arbeit zur Sachverständigenanhörung am 1. Dezember 2014 zum Ausdruck gekommen ist (vgl. Bundestagsdrucksache 18(11)258, S. 2)?

Die Umsetzung der von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagenen Formulierung führt zu einer erheblichen Verwaltungsvereinfachung. Auch nach dem geltenden Recht ist die bei Vollendung des 61. Lebensjahres erteilte Rentenauskunft zur Prüfung, zu welchem Zeitpunkt eine Rente wegen Alters in Anspruch genommen werden kann, beim Jobcenter vorzulegen. Liegt demnach aufgrund der Höhe

der zu erwartenden Altersrente Unbilligkeit bei einer vorzeitigen Inanspruchnahme vor, entfällt die Aufforderung zur Inanspruchnahme der Altersrente sowie das weitere Verfahren. Schließlich entfällt auch der Aufwand für die Abrechnung von Erstattungsansprüchen zwischen den Jobcentern und den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung, wenn die Altersrente zum Regeleintrittstermin beantragt wird.

34. Wie viele Personen werden nach Einschätzung der Bundesregierung durch die Einfügung des verabredeten neuen Kriteriums in Zukunft
- weniger von Zwangsverrentung betroffen sein und
  - trotz des neuen Kriteriums weiterhin zur Zwangsverrentung verpflichtet werden können?

Wie in der Antwort zu Frage 19 bereits erläutert, liegen der Bundesregierung zur Zahl der Verrentungen aufgrund der Regelung des § 12a Absatz 1 SGB II keine Informationen vor. Es ist aber davon auszugehen, dass ein wesentlicher Teil der Personen im Alter von 63 bis zur Altersgrenze nach § 7a SGB II, die derzeit Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII beziehen, von der geplanten Neuregelung profitieren würden.

35. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die durchschnittlichen Verwaltungskosten für den Vorschlag durch die Koalitionsarbeitsgruppe pro geprüften Einzelfall?

Es liegen keine Messergebnisse zur Höhe des Verwaltungsaufwands für die Prüfung dieser Fälle vor, sodass es sich um eine grobe Einschätzung beziehungsweise eine Größenordnung des sich aus der Prüfung ergebenden Aufwandes handelt. Hier geht die Bundesregierung von einer durchschnittlichen Dauer von circa 10 Minuten pro zu prüfendem Einzelfall aus. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand durch die einfache, pauschalierte Unbilligkeitsprüfung anhand der Rentenauskunft und die Bearbeitung der jährlichen Leistungsanträge im SGB II würde durch die reduzierte Anzahl der Aufforderungen zur Rentenantragstellung, die geringere Anzahl an Widerspruchsverfahren sowie die geringere Zahl an Erstattungsverfahren nach § 40a SGB II überkompensiert, sodass der Verwaltungsaufwand im Ergebnis sinken würde.

36. Wann ist die Umsetzung des Formulierungsvorschlags der Koalitionsarbeitsgruppe in der UnbilligkeitsV geplant?

Die Umsetzung wird derzeit innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**zu Frage 12:**  
Regelstellungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit  
Deutschland  
2014

Geschlecht	Region	Regelstellungsberechtigte												davon														
		55 bis 65 Jahre			58 Jahre			59 Jahre			60 Jahre			61 Jahre			62 Jahre			63 Jahre			64 Jahre			65 Jahre		
		Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig	Insgesamt	erwerbsfähig	nicht erwerbsfähig			
Männer	Insgesamt	497.110	486.294	10.816	84.412	82.326	2.086	83.079	81.163	1.916	77.320	75.736	1.584	71.810	70.505	1.305	45.383	44.405	978	44.536	43.870	666	10.765	10.196	571			
	01 Schleswig-Holstein	16.304	15.784	519	2.167	2.072	95	2.016	1.927	89	2.352	2.273	79	2.273	2.209	64	1.781	1.734	47	1.630	1.600	30	392	370	22			
	02 Hamburg	14.254	13.994	260	2.307	2.229	78	2.070	2.031	40	2.101	2.061	40	1.984	1.963	21	1.466	1.448	18	1.607	1.600	7	431	419	12			
	03 Niedersachsen	42.871	41.600	1.071	7.167	6.976	190	6.583	6.371	174	6.583	6.371	174	5.981	5.839	142	4.280	4.147	113	4.273	4.188	85	1.065	999	65			
	04 Bremen	6.988	6.688	1.100	1.126	1.065	1.102	1.039	1.022	17	1.019	1.002	18	940	922	18	671	658	13	671	666	6	177	171	7			
	05 Nordrhein-Westfalen	118.058	115.045	3.013	20.231	19.066	625	19.319	18.798	521	18.265	17.777	476	17.527	17.085	443	16.591	16.222	249	11.569	11.377	193	2.895	2.730	165			
	06 Hessen	29.659	28.335	1.224	4.933	4.707	226	4.455	4.290	175	4.327	4.160	166	4.054	3.904	151	3.042	2.916	125	3.122	3.039	83	863	775	88			
	07 Rheinland-Pfalz	17.276	16.926	349	2.099	2.008	89	2.099	2.008	89	2.099	2.008	89	2.099	2.008	89	1.702	1.671	32	1.669	1.647	22	420	403	17			
	08 Baden-Württemberg	38.514	38.001	514	5.988	5.892	97	5.740	5.665	75	5.626	5.557	68	5.428	5.408	74	5.267	5.207	60	3.717	3.663	54	30	942	895	47		
	09 Bayern	38.165	37.552	613	6.073	5.952	121	6.044	5.935	109	5.903	5.816	88	5.795	5.722	72	5.641	5.557	83	3.884	3.815	69	3.839	3.792	46			
	10 Saarland	6.430	6.330	100	1.028	1.014	14	1.009	991	19	990	973	17	954	923	31	881	879	2	682	668	14	707	697	10			
	11 Berlin	39.660	38.150	1.510	6.986	6.597	389	6.071	5.983	78	5.729	5.668	71	5.618	5.560	59	4.042	4.003	39	4.039	4.013	26	897	846	41			
	12 Brandenburg	24.767	24.286	481	4.499	4.416	82	4.611	4.524	88	4.425	4.342	84	4.298	4.223	75	3.729	3.668	61	1.560	1.517	43	1.383	1.356	27			
	13 Mecklenburg-Vorpommern	17.815	17.448	367	3.271	3.201	70	3.341	3.260	81	3.263	3.198	65	3.068	3.007	44	1.089	1.068	21	984	965	19	180	173	7			
	14 Sachsen	42.874	42.017	857	7.122	6.966	156	7.452	7.285	167	7.541	7.383	158	7.556	7.424	132	6.681	6.597	100	3.220	3.140	79	2.802	2.765	37			
	15 Sachsen-Anhalt	28.156	27.924	232	5.045	4.950	96	5.245	5.136	109	5.118	5.029	89	5.000	4.903	97	4.288	4.222	66	1.640	1.602	38	1.543	1.521	22			
16 Thüringen	17.910	17.122	788	3.251	3.180	61	3.338	3.284	54	3.302	3.246	56	3.174	3.125	49	2.735	2.705	29	957	932	25	934	921	13				
Insgesamt	257.933	250.917	6.966	43.885	42.427	1.158	42.336	41.300	1.036	40.770	39.740	1.030	39.370	38.366	1.004	38.020	37.145	876	24.400	23.733	667	23.269	22.807	461				
01 Schleswig-Holstein	8.738	8.439	298	1.445	1.395	50	1.394	1.349	45	1.323	1.271	52	1.268	1.220	48	1.232	1.191	41	990	960	30	877	858	19				
02 Hamburg	7.534	7.387	147	1.200	1.172	28	1.180	1.153	27	1.088	1.067	21	1.107	1.085	23	1.070	1.049	21	800	787	13	852	846	6				
03 Niedersachsen	22.188	21.543	645	3.748	3.639	110	3.639	3.516	123	3.599	3.501	98	3.269	3.179	90	3.186	3.105	81	2.258	2.184	75	2.186	2.130	56				
04 Bremen	3.486	3.417	69	576	566	10	542	536	6	530	517	13	485	472	13	378	369	9	339	335	4	90	87	3				
05 Nordrhein-Westfalen	59.403	57.830	1.773	10.271	9.928	343	9.885	9.404	282	9.741	9.475	266	8.503	8.285	218	8.503	8.285	218	5.886	5.729	157	5.747	5.615	133				
06 Hessen	15.271	14.772	749	2.570	2.450	120	2.460	2.342	118	2.349	2.252	97	2.248	2.144	104	2.130	2.032	97	1.637	1.551	87	1.656	1.596	60				
07 Rheinland-Pfalz	14.389	14.139	250	1.478	1.439	39	1.440	1.407	33	1.392	1.362	30	1.283	1.262	21	848	833	15	848	833	15	225	216	9				
08 Baden-Württemberg	18.528	18.213	315	3.071	3.016	55	2.862	2.819	43	2.836	2.801	35	2.740	2.695	45	2.728	2.690	38	1.913	1.873	40	1.875	1.847	28				
09 Bayern	19.154	18.761	392	3.123	3.055	67	2.923	2.857	66	2.847	2.802	45	2.847	2.802	45	2.882	2.824	58	2.022	1.972	50	1.938	1.905	33				
10 Saarland	3.261	3.228	33	533	527	6	516	506	10	461	455	6	461	444	17	361	353	8	362	358	4	89	86	3				
11 Berlin	21.861	21.596	265	3.728	3.682	46	3.513	3.464	50	3.317	3.277	40	3.084	3.049	35	2.302	2.279	24	2.267	2.254	13	2.267	2.254	13				
12 Brandenburg	13.297	12.951	346	2.378	2.325	53	2.443	2.383	60	2.284	2.221	63	2.236	2.183	52	2.051	2.008	44	933	898	35	809	784	25				
13 Mecklenburg-Vorpommern	9.698	9.410	288	1.736	1.692	44	1.799	1.746	53	1.686	1.645	42	1.618	1.574	44	1.449	1.417	32	670	654	15	586	573	13				
14 Sachsen	22.244	21.674	570	3.775	3.719	96	3.742	3.639	103	3.790	3.692	98	3.807	3.719	88	3.656	3.577	79	1.831	1.773	58	1.549	1.521	28				
15 Sachsen-Anhalt	14.673	14.293	381	2.517	2.469	58	2.641	2.563	78	2.607	2.542	65	2.525	2.463	72	2.339	2.289	50	997	968	29	876	860	16				
16 Thüringen	9.206	8.903	203	1.638	1.603	35	1.679	1.645	34	1.655	1.614	41	1.598	1.568	49	1.472	1.451	21	536	520	16	501	492	9				
Insgesamt	239.527	235.377	4.150	40.827	39.899	927	40.882	39.883	819	39.034	38.352	682	37.950	37.371	580	33.790	33.360	430	20.982	20.672	310	21.267	21.063	204				
01 Schleswig-Holstein	7.666	7.345	221	1.322	1.277	45	1.222	1.178	45	1.169	1.129	41	1.094	1.053	41	1.041	1.017	24	792	774	17	753	742	11				
02 Hamburg	6.720	6.607	113	1.107	1.073	34	1.088	1.076	23	982	964	19	994	977	17	924	914	10	666	661	5	755	754	2				
03 Niedersachsen	20.483	20.057	426	3.418	3.337	81	3.394	3.310	84	3.194	3.129	65	3.104	3.045	59	2.785	2.734	51	2.001	1.963	38	2.087	2.058	29				
04 Bremen	3.212	3.171	41	550	540	10	512	506	7	483	466	6	480	465	5	465	450	4	293	290	4	332	331	1				
05 Nordrhein-Westfalen	58.655	57.415	1.240	9.960	9.678	282	9.634	9.394	239	9.113	8.915	199	8.787	8.610	177	8.088	7.965	123	5.796	5.694	92	5.822	5.762	60				
06 Hessen	14.038	13.564	474	2.363	2.258	106	2.293	2.201	92	2.116	2.039	77	2.079	2.017	62	1.925	1.871	53	1.404	1.366	38	1.466	1.443	23				
07 Rheinland-Pfalz	8.465	8.328	137	1.431	1.399	32	1.388	1.359	29	1.317	1.283	24	1.284	1.276	18	1.205	1.195	11	815	805	11	821	813	8				
08 Baden-Württemberg	17.896	17.737	159	2.918	2.875	44	2.878	2.845	32	2.790	2.756	33	2.742	2.713	29	2.539	2.517	22	1.804	1.790	14	1.878	1.867	11				
09 Bayern	19.011	18.790	221	2.950	2.896	54	3.121	3.078	42	3.000	2.971	29	2.947	2.920	27	2.758	2.733	26	1.862	1.843	19	1.901	1.887	15				
10 Saarland	3.149	3.102	47	495	487	8	494	485	9	481	474	7	473	468	5	440	435	5	322	315	6	354	349	4				
11 Berlin	17.798	17.554	245	2.968	2.915	53	2.868	2.																				

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**Regelstellungsberechtigte nach Alter und Erwerbsfähigkeit**  
Deutschland  
2015

Geschlecht	Region	Regelstellungsberechtigte davon												65 Jahre		64 Jahre		63 Jahre		62 Jahre		61 Jahre		60 Jahre		59 Jahre		58 Jahre		57 bis 65 Jahre																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																													
		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig		Insgesamt		erwerbsfähig		nicht erwerbsfähig																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	76	77	78	79	80	81	82	83	84	85	86	87	88	89	90	91	92	93	94	95	96	97	98	99	100	101	102	103	104	105	106	107	108	109	110	111	112	113	114	115	116	117	118	119	120	121	122	123	124	125	126	127	128	129	130	131	132	133	134	135	136	137	138	139	140	141	142	143	144	145	146	147	148	149	150	151	152	153	154	155	156	157	158	159	160	161	162	163	164	165	166	167	168	169	170	171	172	173	174	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200	201	202	203	204	205	206	207	208	209	210	211	212	213	214	215	216	217	218	219	220	221	222	223	224	225	226	227	228	229	230	231	232	233	234	235	236	237	238	239	240	241	242	243	244	245	246	247	248	249	250	251	252	253	254	255	256	257	258	259	260	261	262	263	264	265	266	267	268	269	270	271	272	273	274	275	276	277	278	279	280	281	282	283	284	285	286	287	288	289	290	291	292	293	294	295	296	297	298	299	300	301	302	303	304	305	306	307	308	309	310	311	312	313	314	315	316	317	318	319	320	321	322	323	324	325	326	327	328	329	330	331	332	333	334	335	336	337	338	339	340	341	342	343	344	345	346	347	348	349	350	351	352	353	354	355	356	357	358	359	360	361	362	363	364	365	366	367	368	369	370	371	372	373	374	375	376	377	378	379	380	381	382	383	384	385	386	387	388	389	390	391	392	393	394	395	396	397	398	399	400	401	402	403	404	405	406	407	408	409	410	411	412	413	414	415	416	417	418	419	420	421	422	423	424	425	426	427	428	429	430	431	432	433	434	435	436	437	438	439	440	441	442	443	444	445	446	447	448	449	450	451	452	453	454	455	456	457	458	459	460	461	462	463	464	465	466	467	468	469	470	471	472	473	474	475	476	477	478	479	480	481	482	483	484	485	486	487	488	489	490	491	492	493	494	495	496	497	498	499	500	501	502	503	504	505	506	507	508	509	510	511	512	513	514	515	516	517	518	519	520	521	522	523	524	525	526	527	528	529	530	531	532	533	534	535	536	537	538	539	540	541	542	543	544	545	546	547	548	549	550	551	552	553	554	555	556	557	558	559	560	561	562	563	564	565	566	567	568	569	570	571	572	573	574	575	576	577	578	579	580	581	582	583	584	585	586	587	588	589	590	591	592	593	594	595	596	597	598	599	600	601	602	603	604	605	606	607	608	609	610	611	612	613	614	615	616	617	618	619	620	621	622	623	624	625	626	627	628	629	630	631	632	633	634	635	636	637	638	639	640	641	642	643	644	645	646	647	648	649	650	651	652	653	654	655	656	657	658	659	660	661	662	663	664	665	666	667	668	669	670	671	672	673	674	675	676	677	678	679	680	681	682	683	684	685	686	687	688	689	690	691	692	693	694	695	696	697	698	699	700	701	702	703	704	705	706	707	708	709	710	711	712	713	714	715	716	717	718	719	720	721	722	723	724	725	726	727	728	729	730	731	732	733	734	735	736	737	738	739	740	741	742	743	744	745	746	747	748	749	750	751	752	753	754	755	756	757	758	759	760	761	762	763	764	765	766	767	768	769	770	771	772	773	774	775	776	777	778	779	780	781	782	783	784	785	786	787	788	789	790	791	792	793	794	795	796	797	798	799	800	801	802	803	804	805	806	807	808	809	810	811	812	813	814	815	816	817	818	819	820	821	822	823	824	825	826	827	828	829	830	831	832	833	834	835	836	837	838	839	840	841	842	843	844	845	846	847	848	849	850	851	852	853	854	855	856	857	858	859	860	861	862	863	864	865	866	867	868	869	870	871	872	873	874	875	876	877	878	879	880	881	882	883	884	885	886	887	888	889	890	891	892	893	894	895	896	897	898	899	900	901	902	903	904	905	906	907	908	909	910	911	912	913	914	915	916	917	918	919	920	921	922	923	924	925	926	927	928	929	930	931	932	933	934	935	936	937	938	939	940	941	942	943	944	945	946	947	948	949	950	951	952	953	954	955	956	957	958	959	960	961	962	963	964	965	966	967	968	969	970	971	972	973	974	975	976	977	978	979	980	981	982	983	984	985	986	987	988	989	990	991	992	993	994	995	996	997	998	999	1000	1001	1002	1003	1004	1005	1006	1007	1008	1009	1010	1011	1012	1013	1014	1015	1016	1017	1018	1019	1020	1021	1022	1023	1024	1025	1026	1027	1028	1029	1030	1031	1032	1033	1034	1035	1036	1037	1038	1039	1040	1041	1042	1043	1044	1045	1046	1047	1048	1049	1050	1051	1052	1053	1054	1055	1056	1057	1058	1059	1060	1061	1062	1063	1064	1065	1066	1067	1068	1069	1070	1071	1072	1073	1074	1075	1076	1077	1078	1079	1080	1081	1082	1083	1084	1085	1086	1087	1088	1089	1090	1091	1092	1093	1094	1095	1096	1097	1098	1099	1100	1101	1102	1103	1104	1105	1106	1107	1108	1109	1110	1111	1112	1113	1114	1115	1116	1117	1118	1119	1120	1121	1122	1123	1124	1125	1126	1127	1128	1129	1130	1131	1132	1133	1134	1135	1136	1137	1138	1139	1140	1141	1142	1143	1144	1145	1146	1147	1148	1149	1150	1151	1152	1153	1154	1155	1156	1157	1158	1159	1160	1161	1162	1163	1164	1165	1166	1167	1168	1169	1170	1171	1172	1173	1174	1175	1176	1177	1178	1179	1180	1181	1182	1183	1184	1185	1186	1187	1188	1189	1190	1191	1192	1193	1194	1195	1196	1197	1198	1199	1200	1201	1202	1203	1204	1205	1206	1207	1208	1209	1210	1211	1212	1213	1214	1215	1216	1217	1218	1219	1220	1221	1222	1223	1224	1225	1226	1227	1228	1229	1230	1231	1232	1233	1234	1235	1236	1237	1238	1239	1240	1241	1242	1243	1244	1245	1246	1247	1248	1249	1250	1251	1252	1253	1254	1255	1256	1257	1258	1259	1260	1261	1262	1263	1264	1265	1266	1267	1268	1269	1270	1271	1272	1273	1274	1275	1276	1277	1278	1279	1280	1281	1282	1283	1284	1285	1286	1287	1288	1289	1290	1291	1292	1293	1294	1295	1296	1297	1298	1299	1300	1301	1302	1303	1304	1305	1306	1307	1308	1309	1310	1311	1312	1313	1314	1315	1316	1317	1318	1319	1320	1321	1322	1323	1324	1325	1326	1327	1328	1329	1330	1331	1332	1333	1334	1335	1336	1337	1338	1339	1340	1341	1342	1343	1344	1345	1346	1347	1348	1349	1350	1351	1352	1353	1354	1355	1356	1357	1358	1359	1360	1361	1362	1363	1364	1365	1366	1367	1368	1369	1370	1371	1372	1373	1374	1375	1376	1377	1378	1379	1380	1381	1382	1383	1384	1385	1386	1387	1388	1389	1390	1391	1392	1393	1394	1395	1396	1397	1398	1399	1400	1401	1402	1403	1404	1405	1406	1407	1408	1409	1410	1411	1412	1413	1414	1415	1416	1417	1418

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

**zu den Fragen 15 und 16:**  
**Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Arbeitslosigkeit im Alter von 58 Jahren und älter**  
 Deutschland und Bundesländer  
 Zeitreihe

Geschlecht	Region	Jahresdurchschnitt 2012										Jahresdurchschnitt 2013										Jahresdurchschnitt 2014										Jahresdurchschnitt 2015										nachrichtlich für 2015					
		davon					davon					davon					davon					davon					davon					nicht arbeitende ELB		nicht arbeitende ELB		nicht arbeitende ELB											
		Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Bestand ELB	arbeitslose ELB	nicht arbeitende ELB	darunter § 42a SGB II / § 65 SGB II / § 25a SGB II	§ 53 a Abs. 2 SGB II	Jan 15	Feb 15	März 15													
Gesamt	Insgesamt	489.968	135.624	345.344	92.852	125.245	489.747	151.596	338.151	55.138	145.688	488.294	160.433	325.860	22.040	160.180	477.766	166.766	310.999	1.390	162.754	477.766	166.766	310.999	1.390	162.754	477.766	166.766	310.999	1.390	162.754	5.387	3.782	2.228													
	01 Schleswig-Holstein	15.447	4.268	11.179	3.397	7.782	15.866	4.881	10.985	2.049	4.198	15.784	5.972	10.212	851	4.410	15.954	6.123	9.831	87	4.490	15.954	6.123	9.831	87	4.490	15.954	6.123	9.831	263	194	128															
	02 Hamburg	14.398	2.640	11.759	3.753	4.176	14.350	2.968	11.383	2.265	4.833	13.994	3.348	10.647	931	5.175	13.891	3.773	10.118	65	5.233	13.891	3.773	10.118	65	5.233	13.891	3.773	10.118	283	202	117															
	03 Niedersachsen	41.176	11.724	29.453	8.354	10.175	41.600	13.157	28.443	5.015	11.649	41.600	14.346	27.255	2.024	13.111	41.597	14.882	26.716	132	13.783	41.597	14.882	26.716	132	13.783	41.597	14.882	26.716	496	364	199															
	04 Bremen	6.533	1.700	4.833	1.500	1.875	6.602	1.886	4.716	875	2.212	6.588	2.031	4.557	359	2.462	6.638	2.150	4.488	21	2.47	6.638	2.150	4.488	21	2.47	6.638	2.150	4.488	94	68	37															
	05 Nordrhein-Westfalen	112.027	32.328	79.789	22.240	32.040	114.027	36.090	77.937	13.335	38.461	115.045	38.556	76.480	5.399	43.640	115.523	40.948	74.674	420	44.279	115.523	40.948	74.674	420	44.279	115.523	40.948	74.674	1.430	1.026	662															
	06 Hessen	28.139	9.429	18.710	5.531	5.052	28.320	10.337	17.983	3.289	5.717	28.335	10.862	17.473	1.306	6.351	28.350	10.755	17.596	77	7.226	28.350	10.755	17.596	77	7.226	28.350	10.755	17.596	330	239	142															
	07 Rheinland-Pfalz	16.869	4.448	12.422	3.530	4.299	16.954	5.291	11.663	2.100	4.680	16.926	5.770	11.156	819	5.059	16.906	6.043	10.863	63	5.330	16.906	6.043	10.863	63	5.330	16.906	6.043	10.863	224	159	102															
	08 Baden-Württemberg	36.256	10.063	26.193	7.244	9.140	36.234	11.024	25.210	4.226	10.560	36.001	11.423	24.577	1.675	12.065	35.836	11.906	23.931	84	12.563	35.836	11.906	23.931	84	12.563	35.836	11.906	23.931	411	272	160															
	09 Bayern	39.981	11.354	28.627	9.155	9.701	38.993	12.493	26.500	5.130	10.945	37.552	12.241	25.310	1.952	12.295	37.051	11.845	25.207	130	13.559	37.051	11.845	25.207	130	13.559	37.051	11.845	488	353	204																
	10 Saarland	6.537	1.613	4.725	1.399	1.423	6.462	1.946	4.515	901	1.672	6.330	1.897	4.433	400	2.065	6.086	1.966	4.100	44	2.082	6.086	1.966	4.100	44	2.082	6.086	1.966	4.100	117	91	56															
	11 Berlin	39.536	9.725	29.810	8.978	8.274	40.069	11.149	28.940	5.439	8.446	39.150	11.900	27.250	2.232	8.854	37.915	12.867	25.047	121	8.524	37.915	12.867	25.047	121	8.524	37.915	12.867	25.047	564	390	204															
	12 Brandenburg	22.520	7.015	15.505	2.871	6.302	24.174	8.126	16.048	1.705	7.409	24.286	8.558	15.728	660	7.870	23.392	9.072	14.320	25	7.366	23.392	9.072	14.320	25	7.366	23.392	9.072	14.320	127	75	44															
	Vorpommern	16.286	3.832	12.454	2.332	6.346	17.374	4.258	13.117	1.296	7.763	17.448	4.305	13.143	488	8.515	16.657	4.440	12.217	19	8.275	16.657	4.440	12.217	19	8.275	16.657	4.440	12.217	77	49	27															
	14 Sachsen	41.241	13.619	27.621	5.871	10.176	42.633	14.887	27.746	3.551	12.047	42.017	15.638	26.379	1.406	12.566	38.044	15.864	23.379	50	11.832	38.044	15.864	23.379	50	11.832	38.044	15.864	23.379	243	156	81															
	15 Sachsen-Anhalt	26.773	6.074	20.699	3.790	8.685	28.081	6.636	21.446	2.330	10.234	27.624	7.115	20.509	887	11.100	26.213	7.361	18.851	21	11.036	26.213	7.361	18.851	21	11.036	26.213	7.361	18.851	109	73	33															
16 Thüringen	17.455	5.884	11.569	2.708	3.954	16.848	4.648	11.699	1.632	4.620	17.612	6.860	10.752	6.860	10.752	16.713	7.052	9.661	21	4.428	16.713	7.052	9.661	21	4.428	16.713	7.052	9.661	121	71	32																
Männer	Insgesamt	252.929	75.043	177.886	47.966	64.358	254.955	83.105	171.861	27.928	74.397	250.917	87.586	163.331	11.083	80.827	245.314	90.982	154.331	714	81.408	245.314	90.982	154.331	714	81.408	245.314	90.982	154.331	2.771	1.959	1.134															
	01 Schleswig-Holstein	8.409	2.467	5.942	1.830	1.989	8.446	2.812	5.633	1.065	2.252	8.439	3.214	5.228	439	2.314	8.532	3.554	4.998	49	2.374	8.532	3.554	4.998	49	2.374	8.532	3.554	4.998	137	103	71															
	02 Hamburg	7.777	1.586	6.191	2.016	2.225	7.854	1.778	5.976	1.191	2.606	7.387	2.008	5.379	480	2.671	7.289	2.245	5.045	30	2.671	7.289	2.245	5.045	30	2.671	7.289	2.245	5.045	147	104	54															
	03 Niedersachsen	21.705	6.592	15.113	4.377	5.217	21.722	7.389	14.333	2.573	6.653	21.543	7.987	13.546	1.033	6.692	21.455	8.313	13.142	69	7.018	21.455	8.313	13.142	69	7.018	21.455	8.313	13.142	268	200	106															
	04 Bremen	3.453	969	2.485	768	972	3.448	1.079	2.369	435	1.121	3.417	1.151	2.266	1.030	3.440	3.440	2.195	35.795	206	21.395	3.440	2.195	35.795	206	21.395	3.440	2.195	35.795	679	493	314															
	05 Nordrhein-Westfalen	58.865	17.415	39.450	10.960	15.878	57.433	19.334	38.099	6.351	19.014	57.630	20.640	36.990	2.526	21.311	57.690	21.985	36.705	403	43.665	57.690	21.985	36.705	403	43.665	57.690	21.985	36.705	1.755	1.355	79															
	06 Hessen	14.855	5.211	9.644	2.856	2.601	14.820	5.651	9.170	1.656	2.931	14.772	5.869	8.902	672	3.246	14.626	5.750	8.876	26	2.589	14.626	5.750	8.876	26	2.589	14.626	5.750	8.876	95	68	39															
	07 Rheinland-Pfalz	8.751	2.437	6.314	1.807	2.159	8.690	2.907	5.783	1.032	2.323	8.598	3.142	5.457	388	2.494	8.592	3.302	5.290	26	2.589	8.592	3.302	5.290	26	2.589	8.592	3.302	5.290	100	78	48															
	08 Baden-Württemberg	18.598	5.558	13.041	3.625	4.543	18.439	6.046	12.393	2.064	5.169	18.528	6.256	11.958	837	5.628	18.085	6.518	11.568	45	6.073	18.085	6.518	11.568	45	6.073	18.085	6.518	11.568	208	140	78															
	09 Bayern	20.115	6.130	13.984	3.984	4.711	19.468	6.651	12.817	2.484	5.272	18.761	6.571	12.190	940	5.934	18.636	6.464	12.171	76	6.583	18.636	6.464	12.171	76	6.583	18.636	6.464	12.171	269	200	121															
	10 Saarland	3.274	871	2.403	722	720	3.317	1.053	2.263	450	826	3.228	1.049	2.180	195	997	3.107	1.068	1.989	24	1.009	3.107	1.068	1.989	24	1.009	3.107	1.068	1.989	61	48	31															
	11 Berlin	21.745	5.729	16.016	4.838	4.437	22.053	6.570	15.483	2.947	4.462	21.596	6.987	14.609	1.226	4.636	20.953	7.548	13.405	63	4.482	20.953	7.548	13.405	63	4.482	20.953	7.548	13.405	315	211	108															
	12 Brandenburg	12.424	3.958	8.466	1.800	3.421	13.140	4.522	8.618	929	4.000	12.951	4.707	8.245	352	4.167	12.338	4.930	7.408	14	3.845	12.338	4.930	7.408	14	3.845	12.338	4.930	7.408	76	42	27															
	Vorpommern	9.062	2.157	6.905	1.326	3.548	9.516	2.381	7.135	733	4.268	9.410	2.385	7.015	272	4.582	8.948	2.459	6.490	11	4.474	8.948	2.459	6.490	11	4.474	8.948	2.459	6.490	49	27	17															
	14 Sachsen	22.009	7.378	14.632	3.139	5.299	22.366	7.913	14.454	1.881	6.297	21.674																																			



**zu Frage 17:**  
**Integrationen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)**

Deutschland  
Zeitreihe November 2013 bis April 2016

	Integrationen ELB							
	58. Jahre	59. Jahre	60. Jahre	61. Jahre	62. Jahre	63. Jahre	64. Jahre	65. Jahre
Berichtsmonatswert ALGII	1	2	3	4	5	6	7	8
November 2013	572	512	335	284	145	96	72	*
Dezember 2013	522	402	295	228	160	80	39	*
Januar 2014	502	456	353	252	171	110	48	-
Februar 2014	464	378	278	244	172	89	46	*
März 2014	622	538	392	356	204	118	61	5
April 2014	901	760	612	475	318	162	75	7
Mai 2014	903	738	628	500	333	153	86	9
Juni 2014	749	640	474	384	229	126	63	3
Juli 2014	880	713	556	466	285	148	65	5
August 2014	794	609	468	313	236	131	78	3
September 2014	815	654	446	394	261	138	66	8
Oktober 2014	786	567	415	363	239	127	83	*
November 2014	600	501	423	274	197	100	66	3
Dezember 2014	493	443	357	256	187	88	60	-
Januar 2015	752	647	491	436	294	139	67	*
Februar 2015	580	511	388	296	204	124	64	3
März 2015	680	555	495	322	257	124	67	*
April 2015	972	811	694	558	350	205	106	11
Mai 2015	801	687	582	467	343	164	67	11
Juni 2015	815	695	541	436	317	119	79	13
Juli 2015	757	642	491	367	250	140	76	6
August 2015	729	640	491	382	274	161	69	5
September 2015	806	653	559	453	329	163	94	17
Oktober 2015	701	603	493	361	274	160	74	11
November 2015	669	545	449	337	230	125	68	11
Dezember 2015	591	459	391	291	225	121	58	9
Januar 2016	624	477	423	330	232	133	73	8
Februar 2016	569	496	382	328	215	118	70	15
März 2016	660	498	433	358	261	130	62	10
April 2016	843	682	603	467	328	189	102	15

\* aus Datenschutzgründen werden Werte <3 nicht ausgewiesen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit



## zu Frage 29:

**Bedarfe von Regelleistungsberechtigten (RLB) in Single-Bedarfsgemeinschaften (Single-BG)**

Deutschland und Bundesländer

Zeitreihe

Merkmal	Region	Jahresdurchschnitt 2014	Jahresdurchschnitt 2015
		durchschnittlicher Bedarf in €	durchschnittlicher Bedarf in €
		2	4
Insgesamt	Deutschland	703	714
	Westdeutschland	716	725
	Ostdeutschland	680	691
	01 Schleswig-Holstein	712	722
	02 Hamburg	762	768
	03 Niedersachsen	704	712
	04 Bremen	730	736
	05 Nordrhein-Westfalen	717	727
	06 Hessen	725	735
	07 Rheinland-Pfalz	679	689
	08 Baden-Württemberg	712	725
	09 Bayern	718	725
	10 Saarland	704	710
	11 Berlin	737	752
	12 Brandenburg	665	675
	13 Mecklenburg-Vorpommern	665	672
	14 Sachsen	651	662
15 Sachsen-Anhalt	654	663	
16 Thüringen	643	650	
Männer	Deutschland	691	701
	Westdeutschland	703	712
	Ostdeutschland	669	681
	01 Schleswig-Holstein	700	710
	02 Hamburg	743	748
	03 Niedersachsen	693	701
	04 Bremen	717	723
	05 Nordrhein-Westfalen	706	716
	06 Hessen	712	721
	07 Rheinland-Pfalz	664	674
	08 Baden-Württemberg	696	709
	09 Bayern	701	707
	10 Saarland	693	698
	11 Berlin	729	743
	12 Brandenburg	652	662
	13 Mecklenburg-Vorpommern	652	659
	14 Sachsen	641	651
15 Sachsen-Anhalt	643	652	
16 Thüringen	629	637	
Frauen	Deutschland	724	735
	Westdeutschland	737	748
	Ostdeutschland	698	709
	01 Schleswig-Holstein	733	744
	02 Hamburg	794	802
	03 Niedersachsen	722	731
	04 Bremen	751	761
	05 Nordrhein-Westfalen	736	747
	06 Hessen	747	759
	07 Rheinland-Pfalz	702	713
	08 Baden-Württemberg	738	751
	09 Bayern	744	753
	10 Saarland	722	730
	11 Berlin	754	767
	12 Brandenburg	689	700
	13 Mecklenburg-Vorpommern	689	696
	14 Sachsen	668	679
15 Sachsen-Anhalt	673	683	
16 Thüringen	665	672	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.*